

Wenn Studenten zu Kunden werden

Sieben Bundesländer kassieren bis zu 500 Euro allgemeine Studiengebühren von ihren Studenten. Inzwischen sind an den Hochschulen erste Auswirkungen zu bemerken.

Maike Keuntje

Das ist doch ungerecht: Da mache ich ein Jahr lang Zivildienst und werde im Studium dafür bestraft.“, fasst Thomas Schwarzbäck seine Situation zusammen. Denn hätte er nach der Schule direkt sein Studium aufgenommen, wäre er bei Einführung der Studiengebühren bereits zwei Semester weiter gewesen. Damit hätte er 1000 Euro gespart. Der 24-Jährige studiert Physik an der Universität Stuttgart und ist Musterkläger im Prozess gegen die Studiengebühren. Ein Studienabbruch hätte nach fünf kostenfreien Semestern kaum Sinn gemacht, und auch der Wechsel in ein gebührenfreies Land war für Thomas Schwarzbäck kein Thema: „Mir gefällt es in Stuttgart, hier habe ich meine Freunde, Familie und den VfB. Und ich will mir von den Gebühren nicht vorschreiben lassen, wo ich studieren soll.“

Im Januar 2005 ebnete das Bundesverfassungsgericht nach einer Klage durch einige CDU-regierte Bundesländer den Weg für die Studiengebühren. Seitdem haben sich sieben Länder dazu entschlossen, diese zu erheben.¹⁾ Die Universität Stuttgart ist dabei nur eine von vielen Universitäten, die ihre Studenten vom ersten Semester an zur Kasse bitten. 500 Euro betragen die Studiengebühren in Baden-Württemberg zurzeit. Damit allein ist es allerdings nicht getan, denn zusätzlich müssen die Studierenden in Stuttgart noch die normale Semestergebühr von rund 70 Euro sowie 40 Euro Verwaltungskostenbeitrag leisten – insgesamt also über 600 Euro. Doch Stuttgart liegt längst nicht an der Spitze, die Leibniz Universität Hannover z. B. lässt sich das Studium mit fast 740 Euro pro Semester bezahlen. Von dem Geld, das die Studierenden in Hannover während eines zehnstufigen Studiums an die Uni



Freimut Wössner

überweisen, könnten sie sich fast einen Kleinwagen kaufen. Droht nun die Gefahr, dass ein Studium zum Luxusgut wird?

Thomas Schwarzbäck stand mitten in seinem Studium vor der Wahl, seine Eltern um mehr Geld zu bitten, jobben zu gehen oder einen Studienkredit aufzunehmen. „Für mich kam der Kredit bei der L-Bank überhaupt nicht in Frage. Die Konditionen sind die reinste Abzocke“, ärgert sich Schwarzbäck über den Kredit, den die Staatsbank Baden-Württemberg (L-Bank) in petto hat, um auch Abiturienten aus sozial schwächerem Umfeld den Zugang zum Studium zu ermöglichen. Auf diesen Kredit hat zwar jeder deutsche Student unabhängig vom Einkommen der Eltern oder vom Studienfach ein Anrecht, doch verbirgt sich darin für manche die Schuldenfalle. „Wenn ich ins Berufsleben starte, brauche ich vielleicht ein Auto oder eine neue Wohnung, hinzu kommt die Verschuldung durch das Bafög, das ist schon eine große Belastung“, erklärt Schwarzbäck. Denn allein an Bafög wird er nach seinem Studium mindestens 7500 Euro zurückzahlen müssen. Solange sie es noch kön-

nen, helfen Thomas Schwarzbäcks Eltern und die Oma ihm finanziell aus. Sollte das nicht mehr gehen, wird Schwarzbäcks Mutter einen Kredit aufnehmen, weil sie bei der Bank einen niedrigeren Zinssatz bekommt. Die Konditionen der angebotenen Studienkredite weichen oft deutlich voneinander ab, gemeinsam ist allen aber die recht niedrige Rückzahlungsgrenze. Denn bereits ab rund 1000 Euro Nettoeinkommen startet die Schuldentilgung.²⁾ Für Bafög-Empfänger wie Thomas Schwarzbäck bedeuten die Studienkredite also einen Start ins Berufsleben mit zusätzlichen Schulden.

Nach drüben?

Die meisten alten Bundesländer lassen sich das Studium an ihren Universitäten bezahlen (s. Karte). Langsam schrumpft aber auch im Osten der Widerstand gegen die Campusmaut, obwohl dort zurzeit Werbekampagnen laufen, die Abiturienten aus dem Westen in den (noch?) gebührenfreien Osten locken sollen. Abgedeckt durch ein erweitertes Stipendiensystem,

1) Eine detaillierte Übersicht findet sich unter www.studentenwerke.de/pdf/Uebersicht%20Details%20Studiengebuehren.pdf

2) www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/studienbeitragsdarlehen.php#tabelle

wie es ursprünglich angedacht war, wird diese zusätzliche finanzielle Belastung nicht. „Von den Stipendien, die vor Einführung der Studiengebühren vollmundig versprochen wurden, ist nichts zu sehen.“ stellt Michael Hartmann, Professor für Soziologie in Darmstadt, fest. Bereits seit langem beschäftigt er sich mit Eliteforschung und untersucht die Bildungschancen für Kinder abhängig von ihrer Herkunft.

Nach Hartmanns Meinung sprechen vor allem zwei Gründe gegen Studiengebühren: „Zum einen wirken sie abschreckend, zum anderen wird es eine Umverteilung der Gelder geben. Studiengebühren finanzieren viele Dinge, die eigentlich aus Landeshaushalten bezahlt werden müssten.“ Sein Resümee: „Es kommt kein zusätzliches Geld an die Universitäten, das ist nur ein kurzfristiger Effekt.“ Außerdem fürchtet Hartmann, dass insbesondere Kinder aus sozial schwächerem Umfeld sich von den Gebühren abschrecken lassen und sich die soziale Schere dadurch noch weiter öffnet. Hartmann kann dies mit Ergebnissen aus Bafög-Untersuchungen belegen: „Als das Bafög 2001 angehoben wurde, ist der Anteil an Studierenden aus Arbeiterfamilien richtig in die Höhe geschneilt. Bezogen auf den Anteil der jeweiligen Generation war das eine Steigerung von über 30 Prozent. Daran wird spürbar, dass Geld dort wirklich eine Rolle spielt.“

Hochburg der Klagen

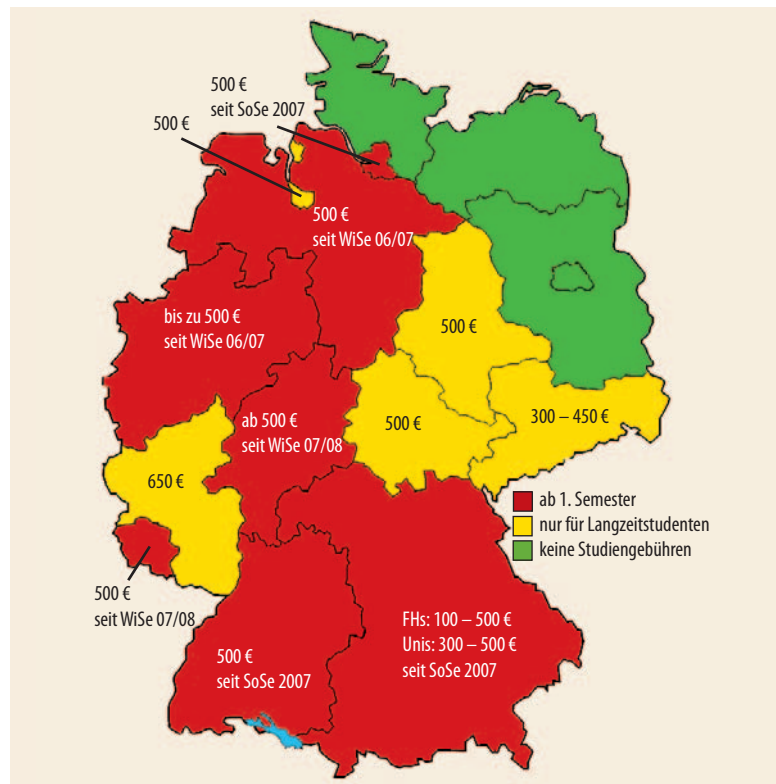
Hartmanns Heimatbundesland Hessen befindet sich in einer fast schon kuriosen Situation, da es das einzige Bundesland ist, das in seiner Verfassung den Unterricht an Schulen und Hochschulen für unentgeltlich erklärt. Dies nehmen viele hessische Studenten als Aufhänger für eine Klage, die aber aller Voraussicht nach wohl erst nach der anstehenden Landtagswahl entschieden wird. „Die Studenten hoffen hier, dass zu ihrem Gunsten geurteilt wird und die Studiengebühren nur eine vorläufige Zahlung sind“, meint Michael Hartmann.

Zur Hochburg der Klagen gegen Studiengebühren wurde allerdings nicht Hessen, sondern Baden-Württemberg. „1900 haben geklagt, das sind zehn Prozent der gebührenpflichtigen Studenten“, freut sich Franz Bozsak über das Ergebnis in Stuttgart. Bozsak studiert selbst noch und leitet den Arbeitskreis Studiengebühren der Studierendenvertretung in der Baden-Württembergischen Hauptstadt, der zahlreiche Protestveranstaltungen gegen die Campusmaut auf die Beine gestellt hat. Eine Initiative sollte genügend Studenten davon überzeugen, die Studiengebühren auf ein Treuhandkonto statt an die Universität zu überweisen. Diese ist allerdings an der zu geringen Beteiligung gescheitert. Die Ursache dafür sieht Bozsak im Verhalten des Wissenschaftsministers. „Peter Frankenberg hat angekündigt, dass es keine Gnade gibt und jeder Student, der auf das Treuhandkonto überweist, exmatrikuliert würde. Vielen Studierenden würde dadurch die Lebensgrundlage geraubt. Da verstehe ich schon, wenn die Studenten sagen, das Risiko

sei ihnen zu groß.“ Auf Informationsveranstaltungen klärte der Arbeitskreis die Studierenden daher über ihre Rechte auf und wies sie auf die Möglichkeit der Klage hin. Wegen des großen Drucks vonseiten des Ministeriums haben sich die meisten Studenten für die Klage entschieden, um ihren Unmut über die Studiengebühren auszudrücken. Neben der Angst vor der Exmatrikulation kennt Franz Bozsak einen weiteren Grund für die oft überraschend geringe Beteiligung an Studentenprotesten: „Streik von Studenten ist immer schwierig. Denn wem schaden wir? Eigentlich nur uns selbst, weil wir nicht in die Vorlesung gehen!“

Eine Chance für die Lehre

Doch die Studiengebühren finden auch zahlreiche Befürworter, die argumentieren, dass die Gebühren die Finanzsituation an den Universitäten erheblich verbessern und dadurch die Lehre einen viel höheren Stellenwert erhält. Axel Freimuth, Physikprofessor und Rektor



Sieben Bundesländer haben Studiengebühren vom ersten Semester an eingeführt, fünf weitere Länder erheben zumindest von den Langzeitstudien Ge-

bühren. Nur vier Bundesländer lassen ihre Studenten unbegrenzt kostenlos studieren, doch auch dort könnte sich die Lage durchaus schnell ändern.

der Universität zu Köln, findet weitere Gründe, die für den Studienbeitrag sprechen. „Wir sehen eine komplett veränderte Anspruchshaltung der Studierenden und Dozenten. Vonseiten der Studierenden werden sehr viel mehr Dinge eingefordert, und das mit Recht“, meint Freimuth. „Außerdem sollten Studierende wissen, dass nicht alles kostenlos ist. Eine Universität zu betreiben, kostet die Gesellschaft sehr viel Geld. Das ist nicht selbstverständlich, denn die Gesellschaft besteht schließlich nicht nur aus Akademikern.“ Darüber hinaus bemerkt Freimuth den erfreulichen Nebeneffekt, dass die Studierenden nun viel geradliniger studierten.

Die Universität zu Köln nimmt rund 25 Millionen Euro jährlich über die Studiengebühren ein, was etwa 10 Prozent des gesamten Haushalts entspricht. „Damit verbessert sich die Situation an der Universität massiv“, freut sich Axel Freimuth. „In der Physik und anderen Naturwissenschaften werden die Praktika neu ausgestattet; in allen Bereichen sind Tutoren eingestellt worden, um die Betreuung der Studenten zu

verbessern.“ Aber Freimuth sieht auch einen Haken an der Sache: „Es ist ein Riesenproblem, dass wir aus Studiengebühren bislang keine Professoren einstellen durften, und dabei ist das genau die Personalkategorie, mit der wir tatsächlich etwas für die Lehre tun würden.“ Denn die Lehre könne sich langfristig nur verbessern, wenn man für ein gutes Betreuungsverhältnis sorgt. Ein Rechtsgutachten der Universität zu Köln hat inzwischen bestätigt, dass auch Professoren aus Studiengebühren gezahlt werden könnten. „Alleine mithilfe von Studiengebühren könnten wir 50 neue Professorenstellen schaffen!“, macht Freimuth die Dimensionen klar, um die es hier geht. Etwa die Hälfte der Studiengebühren wurde daher in Köln zunächst zurückgelegt, um sich die Möglichkeit offen zu halten, neue Professoren anzuwerben.

In einer gemeinsamen Stellungnahme haben sich auch die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Gesellschaft Deutscher Chemiker im Jahr 2005 für den sinnvollen Einsatz von Studiengebühren ausgesprochen. Studiengebühren seien als Chance zu begreifen, Forschung und Lehre zu verbessern, heißt es dort. Gleichzeitig warnte der damalige DPG-Präsident Knut Urban davor, dass Studiengebühren nicht dafür genutzt werden dürfen, um Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen. Wie aber sieht die Realität an den Universitäten aus?

(Ver-)heizen oder investieren?

Die Leibniz Universität Hannover erhebt seit dem Wintersemester 2006/2007 Studienbeiträge. Diese werden zum Teil für zentral von der Universitätsleitung initiierte Maßnahmen eingesetzt und zum Teil auf Antrag zweckgebunden an die Fakultäten verteilt. In der Physik sind die ersten Veränderungen bereits sichtbar: „Dank der Studienbeiträge haben wir neue Mitarbeiter eingestellt, die z. B. die Koordination der Lehrveranstaltungen und Prüfungen übernehmen oder Übungen und Praktika betreuen“, berichtet Stephan Venz-

ke, Geschäftsführer der Fakultät für Mathematik und Physik der Universität Hannover. „Während der Semesterferien war der Fachschaftsraum noch eine Baustelle, aber inzwischen gibt es dort fünfzig neue studentische Arbeitsplätze, an denen die Studierenden in Lerngruppen ihre Übungszettel bearbeiten können.“ Auch die Physiksammlung wurde ergänzt, Vorlesungsskripte gibt es inzwischen kostenlos, und die Anfänger- sowie Fortgeschrittenenpraktika bieten neue Ausstattung. „Die Studierenden waren aktiv beteiligt an der Entscheidung über die Verteilung der zusätzlichen Finanzmittel“, erklärt Stephan Venzke. „Über die Fachschaft oder die Homepage der Universität erfahren sie dann, was mit ihrem Geld passiert.“

Doch nicht immer sind Erfolgsmeldungen zu verbuchen: „Wir sind sauer, sind gereizt, unsre Bildung wird verheizt“, hieß es Anfang 2007 in Ulm. Ein Berg aus Holzstücken wurde als Symbol des Protests aufgeschichtet, den rund 1200 Ulmer Studenten zum Ausdruck brachten (s. Abb. links). Grund dafür war, dass ihre Studiengebühren zum Teil dazu dienen sollten, die Heizkosten der Universität zu decken. Boris Bartenstein, Landesvorstand der LandesASTenKonferenz, reiste aus Karlsruhe an, um dem Holzmahnmal ein badisches Eliteholz hinzuzufügen, denn auch die Universität Karlsruhe hatte Heizkosten nachzahlen müssen. Gleichzeitig machte Bartenstein deutlich, dass die Studenten sich das Verheizen ihres Geldes nicht gefallen lassen wollen: „Wenn wir nun Kunden sind, werden wir unsere Ansprüche einfordern.“ Schlussendlich half in Ulm die Umverteilung der Gelder im normalen Etat. Diesen entlasten die Studiengebühren nämlich und sorgen für genügend Spielraum für die Nachzahlung der Energiekosten.

Alexander Heinrich, Physikstudent an der Universität Bonn und stellvertretender Sprecher der jungen DPG, ist einer dieser Kunden. „Wir Studenten durften in einem Fragebogen unsere Wünsche angeben, wie die Studiengebühren sinn-



In Ulm schichteten die Studenten einen Holzhaufen des Protests auf, weil mit ihren Studiengebühren die Heizkosten der Uni nachgezahlt werden sollten. Dieses Schicksal drohte auch der Eliteuni Karlsruhe.

voll eingesetzt werden sollen.“ Fast 5000 neue Bücher wurden angeschafft, und die Bibliotheken haben nun länger geöffnet. „Viele Investitionen sind bereits spürbar, es gibt überall WLAN, Beamer, und die Praktikumsversuche wurden neu ausgestattet. Schade finde ich allerdings, dass keine Dauerstellen geschaffen werden dürfen, mit denen sich die studentische Betreuung verbessern ließe – besonders in der Lehre“, bedauert Alexander Heinrich. Insgesamt zeigt er sich zufrieden, auch den Informationsfluss vonseiten der Universität hält er für gut. In seinem Kommilitonenkreis hat er noch nicht mitbekommen, dass Studenten ihr Studium abbrechen wollen. „Wer wirklich studieren will, der tut es auch. Die Situation ist nicht so eklatant, wie es nach außen scheinen mag. Aber es gibt schon einige, die sich nun bewusst ranhalten müssen.“

Künftig müssen Studierende also bei ihrer Studienplatzwahl nicht nur bedenken, welche Universität in ihrem Fach den besten Ruf hat, sondern wo die Studiengebühren am sinnvollsten angelegt werden. Oder man entscheidet sich für den Umzug in ein Bundesland, das keine Gebühren erhebt. Dort könnte den Universitäten jedoch das Geld fehlen, um mit den Hochschulen mitzuhalten, die ihre Studiengebühren gewinnbringend einsetzen. „Ich glaube, dass diese Unis einen echten Nachteil haben werden“, meint Axel Freimuth. „Wir wollen viele zusätzliche Leistungen wie z. B. Servicestellen für Studierende und ein Sprachenzentrum anbieten, von denen alle Studenten in Köln profitieren. Das ist ohne die Studiengebühren nicht möglich.“ Die Gefahr, dass die Länder ihre Mittel für die Universitäten kürzen könnten, sieht Freimuth auch, aber das würde ihm zufolge zu einer breiten Ablehnung der Studiengebühren führen. „Das würde auch uns in der Universitätsleitung verärgern.“ Zurzeit bemerkt er eher den gegenteiligen Effekt: „Die Gesellschaft hat offensichtlich erkannt, dass es das Wichtigste ist, in das Bildungssystem zu investieren, denn es fließt deutlich mehr Geld.“

Studiengebühren – nicht für mich

Nicht alle Studenten müssen den Studienbeitrag zahlen, Gründe für die (meist nur zeitweise) Befreiung gibt es viele, z. B. Kinder, ein Urlaubssemester, eine Behinderung, die das Studium verzögert, oder zwei zahlende Geschwister. „Ein sehr buntes Puzzle“, bezeichnet Michael Hartmann das breite Spektrum von Befreiungsgründen. „Wenn man von einem Bundesland ins andere wechseln will, wird man mit ganz anderen Kriterien konfrontiert.“ klagt er und fordert, hier erstmal zu vereinheitlichen. Auch legt jedes Bundesland individuell fest, bei welcher Summe die Gesamtschuldenlast aus Bafög und Studienkredit gekappt wird. Zu welch kuriosen Fällen dies führen kann, macht der Soziologieprofessor an einem Beispiel klar: „Wenn man in Bayern oder Baden-Württemberg die zehntausend Euro voll hat, sollte man nach Nordrhein-Westfalen gehen.“ Dort nämlich werden zu Beginn der Rückzahlung Schulden oberhalb 10 000 Euro erlassen, in den beiden südlichen Bundesländern geschieht dies erst bei 15 000 Euro.³⁾ „Selbst auf dieser Ebene gibt es keine Vereinheitlichung und keinen Plan, wie man mit solchen Fällen umgehen könnte, und das wäre ja wohl das Mindeste, was man erreichen müsste.“, so Hartmann.

Doch sind Studiengebühren die einzige Möglichkeit, um die Universitäten zu modernisieren und die Lehre zu verbessern? „Man müsste die Steuern für die Gutverdienenden hoch setzen, das wäre so etwas wie eine ‚nachgelagerte‘ Studiengebühr.“, erläutert Michael Hartmann die von ihm bevorzugte Vorgehensweise, die fast ohne bürokratischen Mehraufwand auskäme. „Das träfe mit wenigen Ausnahmen diejenigen, die vom Studium wirklich profitieren.“ Die höhere Besteuerung für diejenigen, die gut verdienen, hält Hartmann für die richtige Lösung, denn nicht jeder Studienanfänger könne mit einem Traumjob und gutem Gehalt rechnen.



picture-alliance/dpa/dpaweb

Studierende müssen künftig mit höheren Rückzahlungen nach Ablauf ihres Studiums rechnen, neben dem Bafög sind eventuelle Studienkredite zu tilgen.

Mit dieser Lösung könnte auch Thomas Schwarzbäck leben, der sich derzeit auf sein Hauptseminar und die Praktika konzentriert, um in der Regelstudienzeit sein Studium zu beenden. „Es war immer mein Ziel, schnell fertig zu werden, aber jetzt hat sich der Druck natürlich erhöht.“ Im Anschluss an das Diplom möchte er noch promovieren, denn für seinen Traumjob in der Industrie wird der Dokortitel empfohlen. „Im Frühjahr habe ich ein Praktikum bei Zeiss SMT in Oberkochen gemacht. Dort zu arbeiten, würde mir schon sehr gut gefallen.“ Um diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen, hält die Familie Schwarzbäck zusammen. „Meine ganze Familie steht voll hinter mir. Obwohl meine Eltern selbst nur wenig Geld verdienen, unterstützen sie meine Schwester und mich, wo sie nur können. Das rechne ich ihnen hoch an.“

3) Die tatsächliche Rückzahlungssumme kann die Kappungsgrenze dennoch überschreiten, da während der Rückzahlung – wie bei jedem anderen Kredit auch – immer weiter Zinsen anfallen, welche die Schulden-summe erhöhen.